

Zeitschrift: Wohnen
Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger
Band: 96 (2021)
Heft: 11: Bern

Artikel: Mit Quartierkommissionen die Nase vorn
Autor: Schärker, Sabine
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-977433>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mit Quartierkommissionen die Nase vorn

Von Sabine Schärner

Während gerade Genossenschaften eine lange und lebendige Tradition der Beteiligung und Mitwirkung ihrer Mitglieder kennen, ist die institutionalisierte Form von politischer Mitsprache auf Quartierebene noch wenig verbreitet. Es ist darum interessant, dass in diesem Bereich die Stadt Bern eine eigentliche Pionierrolle einnimmt und für einmal die Nase ganz vorne hat.

Aufgrund eines parlamentarischen Vorstosses linker Parteien 1973 wurde bereits 1977 eine erste Quartierkommission in einem der fünf Stadtteile eingeführt. Der Versuchsbetrieb war erfolgreich, wurde sukzessive auf andere Quartiere ausgeweitet, und ab 1998 wurden in der Gemeindeordnung die Mitwirkungsorgane der Bevölkerung fest verankert. Damit ging die Gemeinde Bern wesentlich über den seit 1979 auf eidgenössischer Ebene im Raumplanungsgesetz festgeschriebenen Grundsatz der Bevölkerungsmitwirkung in Planungsfragen hinaus.

Mitsprache und mehr bei Planungen

Der Auftrag der Quartierkommissionen liest sich in erster Linie als Kommunikationsauftrag zwischen Bevölkerung und Verwaltung: Sie nehmen Anliegen der Bevölkerung entgegen und vermitteln Informationen zu Vorhaben und Aktivitäten der städtischen Behörden, zum Beispiel mit Quartierzeitungen oder an Versammlungen. Zudem sind sie zuständig für die Förderung von Kontakt und Informationsaustausch mit und unter der Quartierbevölkerung. Es herrscht das Öffentlichkeitsprinzip – alle Versammlungen sind öffentlich.

Die aktuell fünf Berner Quartierkommissionen vertreten durchschnittlich rund 25 000 Einwohnerinnen und Einwohner. In einem Artikel der Quartierzeitung des Stadtteils 4 wurde ihre Rolle wie folgt beschrieben: «Die Quartierkommission [...] lebt vom Dealen mit Meinungen, Fragestellungen, möglichen Antworten und deren Transport zwischen «oben und unten». Sie ist als Zwischenhändlerin besorgt dafür, dass Ideen, Projekte und Geschäfte weder zwischen Fronten zerrieben werden, noch zwischen Stuhl und Bank fallen. Zwischenberichte, Zwischenlösungen, Zwischenziele sollen sich unter Mithilfe der Quartierkommissionen zu Endgültigem, Schlüssigem und allseits Akzeptiertem destillieren.»

Die Quartierkommissionen sind als Vereine organisiert und «Dachorganisationen» aller in ihrem Perimeter tätigen Vereine, Institutionen und Parteien für die Mitwirkung. Zur Gewährleistung der Repräsentanz ist die Mitgliedschaft

aller im Stadtparlament in Fraktionsstärke vertretenen Parteien vorgeschrieben. Die Stadt entrichtet eine minimale Abgeltung, die den ständig gewachsenen Anforderungen an ein professionelles Management der Geschäftsstellen heute bei weitem nicht mehr entspricht.

Für alle da?

Der Vorteil des Berner Modells ist, dass mit ihm die Kommunikation zwischen Verwaltung und Bevölkerung zum partizipativ angelegten Dauerprozess wurde, der die Bevölkerung laufend und frühzeitig in die Diskussion einbezieht. So können Konzepte entwickelt werden, die von allen getragen werden und demzufolge auch umsetzbar sind. Die übliche Beschränkung auf politische Entscheidungsträger mit ihrer Möglichkeit zur Stellungnahme zu fertigen Konzepten ist damit permanent erweitert. Ein erfolgreiches Beispiel der letzten Jahre ist die Überbauung Burgernzielareal, wo dank der frühzeitigen Intervention der Quartierkommission öffentliche Parterreräume, ein Quartierbüro und ein Restaurant ins Wettbewerbsprogramm aufgenommen wurden. Auch in das Grossprojekt «Bypass A6» zur Umgestaltung der Autobahn, das eine eigentliche Stadtreparatur in Berns Osten ermöglichen wird, wurde die Kommission von Beginn weg eng einbezogen.

Es handelt sich klar um eine relativ hochschwellige Form von Bevölkerungsmitwirkung. Bewohnende müssen sich in Vereinen oder Parteien organisieren. Mitgliedschaften von Einzelpersonen sind ausgeschlossen. Diese Zutrittschürde ist für gewisse Bevölkerungskreise offensichtlich zu hoch. Eigentlich, so hätte man meinen können, wären die Kommissionen ein gutes politisches Betätigungsfeld für alle, etwa auch für die ausländische Wohnbevölkerung oder für Jugendliche. Weshalb funktioniert dies trotz ehrlicher Bemühungen seitens der Stadt nicht? Vermutlich ist das Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene fast Voraussetzung für das Interesse, sich in den Kommissionen zu engagieren; die umgekehrte Idee des «politischen Trainingsfeldes auf Quartierebene» hat bisher jedenfalls nicht funktioniert. Einfache Antworten wird es kaum geben, aber sicher ist, dass das Thema politisch und unter intensiver, aber zeitaufwändiger Nutzung neuer Kommunikationsformen angegangen und das «Berner Modell» weiterentwickelt werden sollte. ■

«So können Konzepte entwickelt werden, die von allen getragen werden und umsetzbar sind.»



Bild: zVg.

Sabine Schärner war 25 Jahre lang in der «Quartierkommission 4» tätig, davon je sieben Jahre als Geschäftsführerin und als Präsidentin. Die ETH-Architektin sass vier Jahre für die Berner SP im Stadtrat und war Mitglied im städtischen Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik. Ausserdem hat sie sich viel in Freiwilligenarbeit engagiert und war 14 Jahre im Präsidium des Dachverbands für die Gemeinschaftszentren vbg Bern.